

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 16

Artikel: Die "Einladung" : zum dritten Jahrestag der CSSR-Invasion am 21. August
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095446>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum dritten Jahrestag der CSSR-Invasion am 21. August

Republik entstanden ist.» (Veröffentlicht in «Rude Pravo» am 30. August 1968.)

Die «Einladung»

Zur «Legalisierung» des militärischen Ueberfalls auf die Tschechoslowakei hatte es in der sowjetischen Theorie schon von Anfang an gehört, den Einmarsch mit dem durch «ehrliche Kommunisten» geäußerten Wunsch nach internationaler Hilfe zu begründen. Diese sogenannte «Einladungstheorie» blieb darnach gut zwei Jahre «vergessen», weil sich in der Tschechoslowakei einfach niemand finden liess, der dazu bereit gewesen wäre, seine Person mit der «Einladung» in Verbindung bringen zu lassen. Nun, die Liste der betreffenden Personen ist offiziell auch heute noch nicht veröffentlicht worden, obwohl man sie mittlerweile kennt. Aber die Einladungstheorie als solche ist seit dem angeblichen 14. Parteikongress (der wirkliche, legale 14. Parteitag hatte am 22. August 1968 stattgefunden und die Invasion aufs schärfste verurteilt) dieses Frühlings hochoffiziell geworden. Sie ist freilich mit so flagranten Widersprüchen belastet, dass man die Hemmungen versteht, allzu rasch konkret zu werden.

Wo die Sache noch ganz einfach ist: Husak und Svoboda widerrufen ihre Nicht-Einladung

Parteichef Gustav Husak machte die Version, die bis anhin nur vom sogenannten dogmatischen Flügel (insbesondere durch Vasil Bilak und Alois Indra) öffentlich verkündet worden war, auf dem sowjetisch beherrschten Kongress vor zwei Monaten zur «gültigen» These der gesamten Partei. Im relevanten Absatz seiner Rede führte er (laut «Prager Volkszeitung» vom 4. Juni) aus:

«... wollen wir im Namen der gesamten Partei und der überwiegenden Mehrheit des werktätigen Volkes der KPdSU, der Sowjetunion und dem Sowjetvolk sowie Ihnen persönlich, Genosse Breschnew, wie auch den übrigen sozialistischen Freunden dafür den aufrichtigen Dank aussprechen, dass Sie in der schwierigen Lage die Befürchtung der tschechoslowakischen Kommuni-

sten um die Sache des Sozialismus, die Hilfeersuchen zahlreicher Partei- und Staatsfunktionäre sowie vieler Kommunisten und Kollektive der Werktätigen verstanden haben, dass diese internationale Hilfe unser Land vor einem Bürgerkrieg und der Konterrevolution bewahrt hat und die Errungenschaften des Sozialismus gerettet wurden.»

Gustav Husak, der 1968 als stellvertretender Ministerpräsident in jene «konterrevolutionäre» Regierung gekommen war, gegen die sich die angeblichen und wirklichen Interventionsgesuche gerichtet hatten, befindet sich mit seiner Erklärung in einer paradoxen Lage. Nicht nur hat er den von ihm jetzt so gelobten Kreisen nicht angehört, sondern er war einer von denen, gegen die seiner heutigen Aussage nach die Intervention nötig war. Kein Wunder, dass er trotz aller Anpassung nahezu drei Jahre gebraucht hat, um die Einladungstheorie zu bestätigen.

Eine Woche nach der Invasion hatte Husak erklärt:

«Es kam zum Einmarsch der Truppen von fünf Staaten auf unser Gebiet. Es muss gesagt werden, dass die zuständigen Organe unserer Partei und unseres Staates niemanden um diesen Einmarsch gebeten haben ... wir sind einhellig der Meinung, dass dieser Einmarsch nicht nötig gewesen ist.» (Tschechoslowakisches Radio, 28. August 1968.)

Noch im Juni 1969 hat Husak in seiner Rede bei der internationalen KP-Konferenz in Moskau öffentlich erklärt, in der Tschechoslowakei hätte es genügend interne Kräfte gegeben, um den Sozialismus zu verteidigen (Siehe «Rude Pravo», Prag, 12. Juni 1969). Sogar diese Erklärung als moskau-genehmer Parteichef (zu dem er bis zu jenem Datum avanciert war) musste er also jetzt widerrufen.

In einer ähnlich paradoxen Lage befindet sich der damalige und heutige Staatspräsident Ludvik Svoboda, der am 27. August 1968 erklärt hatte:

«Die tschechoslowakische Volksarmee unterstützt einmütig und eindeutig die (Protest-)Erklärung des ZK-Präsidiums der KPTsch, der tschechoslowakischen Regierung und der 8. Nationalversammlung zur Situation, die durch den Einmarsch der fünf Armeen auf dem Gebiet unserer

Es wird kompliziert: Bilak und Indra widerrufen ihren Widerruf ihrer Einladung

Womöglich noch grotesker verhält es sich mit den beiden Vorkämpfern der Einladungstheorie, die vor drei Jahren tatsächlich in höchsten Parteipositionen die Sowjetunion um Intervention ersucht haben, nämlich Vasil Bilak, Präsidiumsmitglied, und Alois Indra, ZK-Sekretär (heute ebenfalls im Präsidium). Sie haben sich nämlich nach der Invasion von 1968 immer wieder öffentlich, nachdrücklich und überaus entzweit gegen den Vorwurf gewehrt, die Sowjetunion zum Einmarsch aufgefordert zu haben! Sie fragten, wie man dazu komme, ihnen einen solchen Verrat zuzumuten.

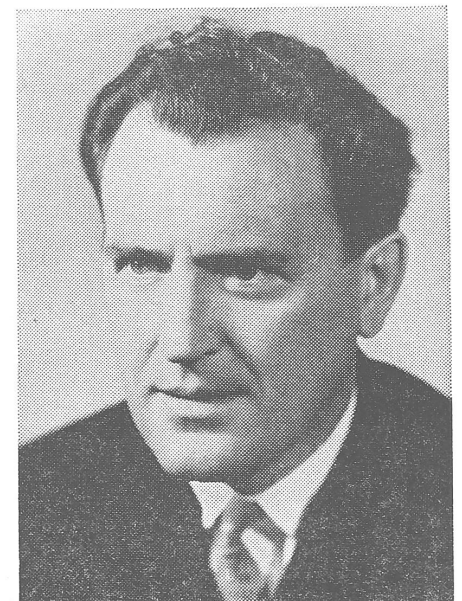
Bilak und Indra waren im Dezember 1970 die ersten einheimischen Verfechter der ursprünglich rein sowjetischen Einladungsversion. Im «Prager Frühling» waren sie als die beiden «Dogmatiker» in der Parteiführung bekannt gewesen, aus der zum mindesten Indra (der den Sowjets den Gefallen getan hatte, Vaculiks Manifest der «2000 Worte» als konterrevolutionär einzustufen) mit Sicherheit hinausgeflogen wäre, wurde er doch bei den Parteiwahlen nicht einmal als Delegierter zum 14. Parteikongress (auf September 1968 vorgesehen) gewählt, obwohl er seine Kandidatur an verschiedenen Orten eingereicht hatte. Man vermutete in beiden sogleich nach der Invasion Kollaborateure, was sie aber eifrig abstritten. Erst zweieinhalb Jahre später waren sie so weit, öffentlich die Einladung an die Sowjets gutzuheissen, aber sie sind immer noch nicht so weit, die Rolle ihrer eigenen Person bei dieser «verdienstlichen» Tat darzulegen.

Das erste tschechoslowakische Forum für die Einladungstheorie war das ZK-Plenum vom Dezember 1970. Dort führte Bilak aus: «Die Verbündeten sind nicht nur auf Grund ihres eigenen Entschlusses gekommen, sondern auf das Ersuchen von Tausenden von Kommunisten und Bürgern

Alois Indra. Ich pffff doch nicht ...



Vasil Bilak ... ich pffff ja doch ...



aus allen Schichten der Bevölkerung.» (Radio Prag, 18. Dezember 1970.)

In ähnlicher Weise äusserte sich Indra auf einer öffentlichen Veranstaltung in der böhmischen Stadt Most (Tanjug, 14. Dezember 1970). In der Folge kam die Einladungstheorie in die Presse, und endlich wurde sie von Husak auf dem «14. Parteikongress» sanktioniert.

«Wir haben niemanden eingeladen, und wir sind für Dubcek!» Und das von den Verkündern der heutigen Einladungstheorie

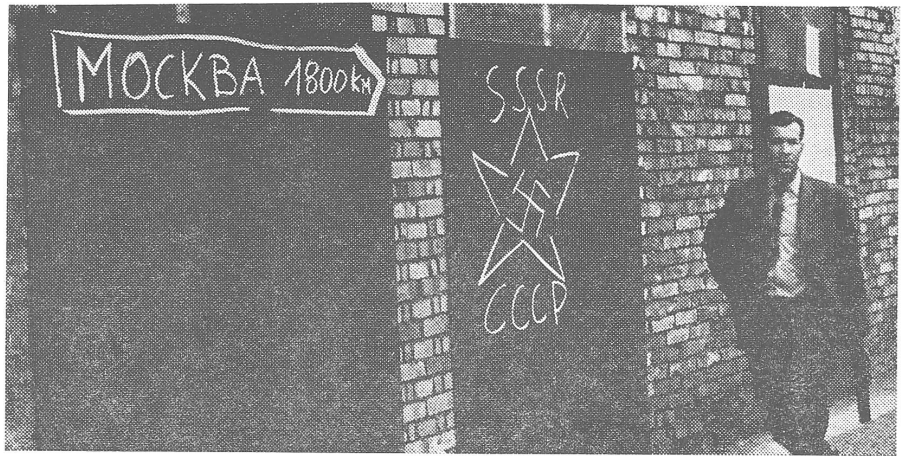
Von höchstem und peinlichstem Interesse sind nun die früheren Aussagen Bilaks und Indras zu diesem Thema.

Vasil Bilak gehörte zunächst einmal jenem Parteipräsidium an, welches in seiner Erklärung vom 22. August 1968 festgehalten hatte, die Invasion sei ohne Wissen von Staatspräsident, Nationalversammlung, Regierung und Parteizentralkomitee erfolgt. Ferner stand dort: **«Das Präsidium des ZK der KPTsch betrachtet diese Aktion (den Einmarsch) als ein Vorgehen, das nicht allein allen Grundsätzen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten zuwiderläuft, sondern auch als eine Verletzung der Grundnormen des Völkerrechts.»**

Und Bilak wehrte sich damals heftig gegen die Unterstellung, dass seine Loyalität zur Dubcek-Führung nur ein Lippenbekenntnis sei.

Einige Tage vor der Invasion dementierte Bilak mit Vehemenz jegliche Vermutung, dass er Dubceks Linie in den Verhandlungen mit den Sowjets bei Cierna und Bratislava sabotiert habe. Er habe es nicht nötig, führte er aus, seine ehrliche Einstellung zum Genossen Dubcek in der Vergangenheit oder Gegenwart zu beweisen. (Radio Bratislava, 16. August 1968.)

Am 27. August 1968 zitierte Husak eine Aeusserung Bilaks, der erklärt habe, von irgendeiner Einladung an ausländische Truppen nichts zu wissen (tschechoslowakisches Radio, 28. August



Prag, August 1968: Der Wegweiser des Volkes.

1968). Das Bedürfnis nach einer solchen Versicherung hatte sich deshalb ergeben, weil die «tschechoslowakische Delegation in Moskau» (d. h. die dorthin entführten tschechoslowakischen Repräsentanten) laut Husak aus «inoffiziellen sowjetischen Quellen» erfahren hatte, dass Tausende von Briefen aus der CSSR Anlass zum Einmarsch gewesen seien.

Auf dem ZK-Plenum vom 31. August 1968 versicherte Bilak der Versammlung auf seine Ehre, dass er niemals, und schon gar nicht in den letzten zehn Tagen, irgendeine Aktion gegen Volk oder Partei unternommen habe (Radio Prag, 31. August 1968).

Etwas später stellte Bilak in einem Interview für die ostslowakische Zeitung «Vychodoslovenske Noviny» die rhetorische Frage: «Wusste ich von einem Truppeneinmarsch auf unser Territorium?» Die Lächerlichkeit einer solchen Mutmassung ergebe sich schon aus der Annahme, dass fünf Staaten ihn, Bilak, darüber konsultiert haben sollten, ob sie ihre Streitkräfte in tschechoslowakisches Gebiet schicken würden. Er fuhr fort: «Ich wusste nicht, wer kommen würde, wann jemand kommen würde, dass überhaupt jemand kommen würde.» («Smena», Bratislava, 18. September 1968.)

Das Verhalten von Alois Indra 1968 und erheblich darüber hinaus ist von der gleichen Seltsamkeit, wenn man an seine heutige Position denkt.

Verschiedentlich drückte Indra seine Loyalität zu den Prinzipien des Prager Frühlings aus. Zum Beispiel erklärte er am 3. Juli 1968, wer immer versuchen sollte, zur Situation vor dem Januar 1968 zurückzukehren, werde ein totales Fiasko erleben. Sektiererisch-dogmatische Tendenzen würden weder innerhalb noch ausserhalb der Partei irgendwelche Unterstützung finden. (Radio Prag, 3. Juli 1968.)

Und noch mehr als ein Jahr nach der Invasion, im Oktober 1969, sagte Indra vor einer KP-Districtversammlung in Prerov: *«Das sollte klar sein, Genossen: Wir werden den Januar 1968 verteidigen, und wir werden in der Verteidigung seines Sinnes und seiner Substanz Erfolge haben.»* (Radio Prag, 24. Oktober 1969.)

Bei einer Parteidiskussion in Gottwaldow äusserte sich 1969 Indra ganz direkt zur (damals nur sowjetischerseits vorgetragenen) Behauptung über eine tschechoslowakische Einladung an die sowjetischen Truppen — und stellte sie als eine Lächerlichkeit dar, die ernstlich nicht der Rede

Drahomir Kolder ... und bat sie halt zu kommen.



Das Alibibedürfnis dreht sich innerhalb der Okkupationszeit um 180 Grad

Bei einer Konferenz regionaler Parteikader am 19. Dezember 1968 in Prag bestritt Bilak, irgend etwas von der Ankunft fremder Truppen zum voraus gewusst zu haben. Andernfalls, so fügte er als Beweis hinzu, würde er doch sicher nicht seine Tochter nach England geschickt haben. (Nada Bilakova war am 17. August 1968 in ein englisches Ferienlager gereist. Am 22. August reiste sie dann nach Moskau ab. Dieser Flug wurde von der Sowjetbotschaft in London arrangiert.)

Bilaks Sofortreaktion auf die Invasion zeigt sich am besten in folgender Begebenheit. Einen Tag nach der Okkupation telefonierte Bilak dem slowakischen KP-Sekretariat und informierte die Mitglieder des slowakischen KP-Präsidiums, dass er keinerlei Resolution oder Proklamation unterzeichnet habe; er stehe «voll und ganz zum Januarkurs der Partei mit Alexander Dubcek an der Spitze». (Radio Bratislava, 22. August 1968.)

Miroslav Mamula ... ich pfiiff doch aus dem letzten Loch ...



wert sei. Er erinnerte daran, dass diese These erstmals in einer Tass-Meldung vom 21. August (1968) enthalten war, und fügte hinzu: «Aber Sie wissen ja ohnehin sehr wohl, dass diese Behauptung sehr rasch wieder verschwand. Wo wäre auch ihre Logik? Glauben Sie wirklich, dass eine Intervention dieses Ausmasses auf Grund eines Appells von einigen Leuten erfolgt wäre? Glauben Sie wirklich, dass ein Mechanismus, der 300 000 Mann und die ganze zugehörige Technik umfasste, wegen einer solchen Ursache in Bewegung gekommen wäre?» Anschliessend nannte er als tatsächlichen Grund für die Intervention die unterschiedliche Lagebeurteilung durch die sowjetische und die tschechoslowakische Führung. («Mlada Svet», Prag, 21. März 1969.)

Man muss sich vorstellen, was solche Äusserungen im Munde dieser Leute bedeuten.

Die heutigen öffentlichen Vorkämpfer der Auffassung, dass Aufforderungen an die Sowjets zum Einmarsch gerechtfertigt und nötig waren, haben sich zum Teil noch mehr als ein Jahr nach der Invasion mit allen Kräften dagegen gestraubt, diesen von ihnen jetzt so gelobten Verfassern der Hilfesuche zugerechnet zu werden. Sie haben ihre eigene Teilnahme an dieser Aktion (auf die nach ihrer heutigen Darstellung jeder ehrliche Kommunist stolz sein muss) mit aller Beredsamkeit gelehrt und zwecks Glaubwürdigkeit ihrer Dementis obendrein noch Bekenntnisse zum Januarkurs der Dubcek-Führung abgegeben. Die nach der heute massgeblichen Terminologie eindeutig als konterrevolutionär einzustufen wären.

Dabei standen sie als Lieblinge der Besatzungsmacht schon längst unter sowjetischer Protektion. Aber sie waren sogar in dieser Situation mit ganz eindeutigen Machtverhältnissen nicht imstande, ihre sowjetfreundlichen Taten oder auch nur ihr sowjetfreundliches Verhalten offen darzulegen. Sogar sie waren auf das doppelte Alibi der nationalen Souveränitätswahrung und der Unterstützung des Januarkurses angewiesen. Anders nämlich wäre — eine weitere Erklärung gibt es gar nicht — ihre Achtung sogar in den bereits von Säuberungen kräftig heimgesuchten

Parteigremien so total gewesen, dass sie nicht einmal in der Lage gewesen wären, ihre Rolle zur Normalisierung im sowjetischen Sinne zu spielen. Die Sowjets waren gezwungen, sich von ihren eigenen Marionetten verleugnen zu lassen.

Es brauchte zusätzlich zwei Jahre, angefüllt mit Verhaftungen, Arbeitsentlassungen, Parteiausschlüssen und totaler Einschüchterung der gesamten Bevölkerung, bevor das Quislingtum in der Tschechoslowakei öffentlich gelobt werden durfte. Und das allein zeigt schon beweiskräftig genug, wie unermesslich gelogen Husaks Versicherung war, die brüderliche Hilfe sei von der «Mehrzahl» der Werktätigen begrüsst worden.

Die Internationalisten sind stolz auf ihre Tat – verschweigen aber, dass sie sie begangen haben

Dass es noch länger geht, bis die Liste der Hilfesuchsteller (nach amtlicher Version schliesslich die besten Leute, die Leute, die Grund zum Stolz auf ihre Tat haben) in der Tschechoslowakei veröffentlicht wird, hängt unter anderem wohl gerade mit der Alibipolitik der namhaftesten Kollaborationsexponenten in den ersten Okkupationsmonaten zusammen.

Ihre damaligen Lippenbekenntnisse liegen noch nicht so weit zurück und sind sogar durch sowjetischtolerante Quellen nachweisbar. Und sie können diese nur verschweigen, aber nicht erklären. Für die Zeit bis zum Einmarsch mögen sie zwar ihre Stellungnahme zugunsten der Dubcek-Führung damit begründen, dass sie sich bei den konterrevolutionären Machtverhältnissen in Gefahr befunden haben würden, wenn sie sich nach aussen hin anders verhalten hätten. Aber beispielsweise für den Oktober 1969 ist das Argument offensichtlich nicht mehr gut zu gebrauchen, ohne dass die von ihnen angeführte These von der Bevölkerungsmehrheit auf ihrer Seite kaputt geht. 300 000 Mann brüderlichen Schutzes, alle ehrlichen Kommunisten und erst noch der Grossteil aller Einwohner als Umgebung und trotzdem ausserstande, seine Sowjetfreundlichkeit offen zu bekunden, das reimt nun entschieden nicht.

Natürlich gibt es auch andere Leute, die kein Interesse an der Veröffentlichung haben. Das sind jene offiziell höchsten Führer, die keine solchen Bittgesuche verfasst und unterschrieben haben, die Husak, Svoboda und Strougal samt einigen geringeren Führungsangehörigen, die sich erst nach dem Fait accompli der Besetzung graduell zur Dankbarkeit für die internationalistische Hilfe bekehrten. Für sie ist es sicher weniger peinlich, wenn man nur allgemein und nicht konkret von jenen «ehrlichen Kommunisten und Parteilosen» spricht, welche die Sowjets zu Hilfe gerufen haben.

Wie es sich mit den angeblich «Tausenden» von internationalistischen Hilfesuchen aus «allen Schichten der Bevölkerung» verhält, ist eine Frage für sich. Wahrscheinlich ist die Grössenordnung zehn- oder hundertfach übertrieben (abgesehen davon, dass sie an der Einwohnerzahl von 15 Millionen zu messen wäre), aber auch hier hätte es die jetzige Marionettenführung in der Hand, ihre Angaben durch Veröffentlichung von Namenslisten zu belegen, was zumindest auf regionaler Ebene technisch ohne weiteres durchführbar wäre.

Die Exilpresse stellt einige vor, die dabei waren

Unterdessen ist die Liste der namhaften «Internationalisten» in der CSSR zwar noch nicht publiziert worden, aber sie zirkuliert in den massgeblichen Gremien. Bilak hat sie auf dem ZK-Plenum vom Dezember 1971 persönlich verteilt. Und kurz darauf ist das grosse Geheimnis (das für die betreffenden «ehrlichen Kommunisten» ja wirklich keines sein sollte) im Ausland publiziert worden. Die in Rom erscheinende Zeitschrift der exilkommunistischen Opposition, «Listy», hat die Namen in Vorveröffentlichung preisgegeben. Nebenbei eine zusätzliche Peinlichkeit für Bilak und Konsorten, die ja schliesslich diesen Schritt doch wohl nachvollziehen wollen und müssen, wenn die Zeit dazu reif ist. Es wirkt ja immer seltsamer, die ehrlichen Genossen so zu verschweigen, als ob sie unehrlich wären.

Die bisherige Aufzählung von «Listy» (in den Nummern vom Januar und März 1971) umfasst 35 Namen. Es spricht für die richtige Einschätzung etlicher Leute durch die Bevölkerung, dass es ziemlich genau die Namen jener Personen sind, die man in den Invasionstagen spontan und ohne allzu formelle Beweisführung als Quislinge einstuft (ihre Wohnungen waren noch monatelang mit entsprechenden Kreideinschriften versehen, die von Passanten immer wieder erneuert wurden, wobei sogar die Miliz häufig wegsah).

Das damalige Parteipräsidium ist vertreten durch die Vollmitglieder Bilak, Kolder, Piller und Svestka, ferner durch die Kandidaten Lenart und Kappek. Natürlich ist Alois Indra dabei; in ihm vermutet man nach wie vor den Urheber dieser brüderlichen Aktion. Dann sind hier noch Leute zu finden, die im Verlaufe des «Prager Frühlings» kaltgestellt wurden, aber zuvor äusserst bekannt

(Fortsetzung auf Seite 5)

Gustav Husak ... nach dem Wind gedreht.



Ludvik Svoboda. Die Fahne ...



Wird die russische Revolution gewaltlos sein?

Valerij Tarsis

In der letzten Nummer gab unser freier Mitarbeiter einen Einblick in die Praxis des Samisdat und in die Bewusstseinslage dieser Kreise. Und die befasst sich mit dem Ergebnis einer Revolution — der Abschaffung des kommunistischen Diktatur-Apparates — und stellt sich ganz konkret vor, wie das Leben unter freien Bedingungen einzurichten wäre: im Rahmen einer freiwilligen, demokratischen Union. Damit helfen sie dem Bewusstsein des Auslands nach, das sich kaum im Traum etwas anderes als eine expansive «sozialistische» UdSSR vorstellen kann. Es ginge um den Versuch.

Und eigentlich wäre das nichts anderes als der Versuch, uns die eigene, «ausländische» Zukunft vorzustellen — denn diese Zukunft werden wir so oder so mit den Völkern des sogenannten sozialistischen Weltsystems teilen: wir als Teil dieses angestrebten Weltsystems, oder sie als mit uns freie Welt.

Viele meiner Gesinnungsfreunde stellen sich die Revolution in der UdSSR *gewaltlos* vor. So etwa der unermüdete Freiheitsverfechter und entsprechend «intermittierend» politische Häftling Alexander Levitin-Krasnow (der sich von den letzten Kopeken lieber Papier als Brot kaufte).

Und wie stellen sie sich diese Revolution vor? Zusammengefasst ungefähr so:

- Die Gesetzlichkeit der politischen Opposition erreichen, d. h. andere politische Parteien gründen, die im Parlament vertreten wären.
- Das Recht auf Privateigentum und wirtschaftliche Initiative sowie die Mitbestimmung der Arbeiter in der Leitung der Staatsbetriebe wieder einführen.
- Freiheit des Gewissens, des Wortes, der wissenschaftlichen Forschung und des Schaffens in allen Bereichen der Kunst, Literatur, Wissenschaft und Philosophie.

Für diese grundsätzlichen Ziele sind sie zu kämpfen bereit und lassen es auch auf Leben und Tod ankommen. Zahlreiche Sowjetbürger unterstützen das neue Programm der Demokratischen Bewegung, ihre «Taktischen Grundlagen», oder auch neue Memoranden an den Obersten Sowjet der UdSSR, so z. B. K. Wolnyj (= K. «Frei!»): *Die Intelligenz und die Demokratische Bewegung in der UdSSR*; V. Sewernyj: *Die Wirtschaftslage der Sowjetunion*.

Wesentlich an diesen Dokumenten ist, dass darin nicht mehr Stalin, sondern Lenin als Usurpator und Schöpfer des totalitären Systems, als Abwürger der Freiheit und als Verbrecher, der die Konzentrationslager zur Vernichtung freidenkender Menschen einrichten liess, genannt wird. Demgemäss fordern die Demokraten ausdrücklich immer auch die Befreiung aller politischen Häft-

linge, wenn sie die Ablösung des totalitären Regimes und die Bildung einer im klassischen Sinne demokratischen Regierung postulieren.

In diesen Dokumenten ist kein Aufruf zur Revolution enthalten. «Der Mythos, der sich ein halbes Jahrhundert lang halten konnte, ist jetzt von allen (Sowjetmenschen) als Schwindel und Bluff erkannt worden...»

Hierzu der namhafte russische Exilpolitiker A. P. Stolypin: «Der Wille des Regimes wird schwächer; dies geht aus seinem Zaudern, aus der Widersprüchlichkeit, aus seinem Treten an Ort hervor. Im Verlaufe der nächsten zwei, drei Jahre werden die Risse tiefer werden, und die Ratten werden das Schiff zu verlassen beginnen.»

Ob angesichts dieser Sachlage eine «Palastrevolution», eine «Revolution von oben» nicht in den Bereich des Möglichen rückt? Der Gedanke ist durchaus vorhanden, und sicher nicht von ungefähr brachten KGB-Agenten versuchsweise dementsprechende Gerüchte in Umlauf. Womit sie uns schon damals, als ich noch in Moskau war, Stoff für kontroverse Diskussionen lieferten.

Kontrovers, weil nicht abzusehen war und ist, welche der rivalisierenden Gruppen die Oberhand behielte:

- die ausschliesslich der Macht verschriebene, die zur Restalinisierung neigt, oder
- die der Parteipragmatiker, des progressiven Teils der Armee (progressiv im Sinne von: liberal im Sinne des Prager Frühlings von 1968) und der wissenschaftlich-technischen leitenden Kader.

Wenn diese zweite Gruppe siegte, könnte sie einen Moskauer Frühling bewirken, d. h. eine Gesundung der Politik erzielen durch:

- Verzicht auf die überholte militante Ideologie des Marxismus-Leninismus,
- Liberalisierung der Wirtschaft,
- Duldung von freier Meinungsäusserung (und damit von demokratischer Opposition),
- Auflösung der KZ (denn wofür braucht sie eine liberale Regierung?).

In Samisdat-Kreisen wurde unlängst geäussert, dass ein solcher Moskauer Frühling in den nächsten paar Jahren anbrechen könnte.

Auf jeden Fall wäre der Zusammenschluss der wichtigsten Oppositionskräfte in bezug auf ihr gemeinsames Ziel — die Ausschaltung der Repräsentanten des menschenfeindlichen Systems — das Gebot der Stunde. Es betrifft dies die *Demokratische Bewegung, den NTS* (Bund der Solidaristen), den *Kampfverband für politische Rechte* in der Armee, den *Sozial-christlichen Bund für die Befreiung des Volkes* sowie weitere, lokale bzw. nationale Gruppierungen. Vorerst sind sie sich zwar einig darüber, dass..., aber nicht wie...

Dass sich die Demokraten der verschieden akzentuierenden Gruppen und Grüppchen nicht zusammensetzen und einen gemeinsamen Plan ausarbeiten, liegt nicht an ihrem mangelnden guten Willen; der Wille wäre vorhanden! Man darf hier nicht vergessen, dass die UdSSR ein Polizeistaat ist. Konkret: es herrscht nicht nur Versammlungsverbot, sondern geheimpolizeiliche Ueberwachung aller Verdächtigen. Und die Massenmedien sind ausnahmslos in Händen der Partei, die das Macht- und Meinungsmonopol besitzt. Kopiergeräte und Vervielfältigungsmaschinen sind nicht käuflich; «Ihr Diebstahl wird strafrechtlich verfolgt». Daher auch die primitive Technik des Samisdat. Unter diesen Umständen fehlt weitgehend die umfassende Information, die sich erst sehr vorsichtig einspielt, so z. B. mit der «Chronik der laufenden Ereignisse», welche aber weniger ein Diskussionsforum als eben eine *Chronik* der politischen Emanzipation der Sowjetbürger und der Reaktion des Regimes darauf darstellt.

Indessen, wichtig ist unter diesen Bedingungen des Totalitarismus, dass überhaupt Demokraten aktiv sind, dass sie überhaupt im Volk die Vorstellung eines anderen soziopolitischen Systems verbreiten, wenn auch vorläufig jede Gruppierung noch für sich.

Dass möglichst viele es tun, ist unter anderem nötig als «Antibiotikum» gegen den Pessimismus, der in weiten Bevölkerungskreisen recht verbreitet und tief verwurzelt ist. Manche halten es für möglich, dass das Volk als Ganzes moralisch verderbt sei infolge des langjährigen Bestehens der Diktatur, und sagen: «Wenn dieses Regime (oder, was sie viel öfter sagen, diese Halunkenbande) noch ein paar Jahrzehnte an der Macht bleibt, kann das zum Untergang der russischen Kultur führen. Wie viele Kulturen ethnischer Minderheiten sind schon verschwunden...»

*

Der Pessimismus ist aber auch nicht unbedingt eine Stütze des Kremls. Und es wächst als Gegengewicht auch die Bewegung, deren Opposition gegen das Regime von christlichen Motiven untermauert ist. Ihr gilt mein nächster — der abschliessende — Artikel. ■

Die «Einladung»

(Fortsetzung von Seite 4)

gewesen waren, so der (exkommunizierte Priester und Novotny-Propagandist Josef Plohar und der seinerzeit als «Mini-Berija» berüchtigte Miroslav Mamula, unter Novotny Leiter der Staatssicherheitsabteilung im ZK. Novotny selbst figuriert übrigens nicht auf der Liste. Ihn hatten die Sowjets in der Krise von 1967/68 offensichtlich so wenig unterstützt wie etwa drei Jahre später den polnischen Parteichef Gomulka, so dass er wohl

nach allen Richtungen hin beleidigt war und blieb. Abgesehen davon werfen die Sowjets heute auch Novotnys Regime der sechziger Jahre Revisionismus vor; die sowjetischen Bräuche sind seither eben immer strenger geworden.

Die Geschichte der «Einladungstheorie» ist eine Geschichte völliger Wandlung ihrer tschechoslowakischer Repräsentanten, deren eigene öffentliche Zeugnisse beweisen, dass sie entweder jetzt oder vor zwei, drei Jahren in der politischen Hauptfrage ihres Verhaltens grundlegend gelogen haben. Christian Brügger